

Haushaltsrede der SPD- Fraktion, am 10.04.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geehrte Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geehrte Gäste!

Nachdem wir am Ende 2017 keine Gelegenheit mehr hatten, uns bei den MitarbeiterInnen der Gemeindeverwaltung und den anderen örtlichen Einrichtungen für ihren Einsatz zu bedanken, möchten wir dies an dieser Stelle nachholen, ebenso wie den Dank für das ehrenamtliche Engagement am Ort und für den Einsatz in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Auch wenn wir dem Haushalt 2018 in Gänze nicht zustimmen werden, so sind wir doch froh, dass Gehälter bezahlt werden können und die Gemeinde ihren grundsätzlichen Verpflichtungen nachkommen kann.

Im Folgenden wollen wir begründen, warum wir nicht bereit sind, für den Haushalt 2018 Verantwortung zu übernehmen.

Sowohl im Vorwort des Haushaltsplanes als auch im von Herrn Wallner verfassten Marktboten, genau wie in der heutigen Einleitung zum Tagesordnungspunkt, ist von **Vorberatungen zum Haushalt im Ausschuss für Wirtschaftliche Entwicklung die Rede**. Hier soll vermittelt werden, dass es innerhalb des Gremiums tatsächlich, vielleicht sogar kontroverse Gespräche und Ideen gegeben hätte, die am Ende in die Planungen für 2018 eingeflossen sind.

Unserer Meinung nach kann von **Vorberatung** allerdings keine Rede sein.

Allenfalls wurden wir über die notwendigen Ausgaben in Kenntnis gesetzt und unsere Aufgabe bestand bestenfalls darin, aufzupassen, ob etwaige auf die Gemeinde zukommende Kosten nicht vergessen wurden.

Wie zum Beispiel die Abbruchkosten der Gebäude, in Vorbereitung des Hotelbaus.

Es wäre wirklich schön und wünschenswert, wenn es jemals Beratungen geben würde!

Dagegen gibt es immer nur von der Verwaltung vorformulierte Beschlussvorlagen, denen man jeweils zustimmen oder eine ablehnende Haltung haben kann.

Gemeinsam erarbeitete Beschlüsse Fehlanzeige!

Allerdings lässt die Finanzsituation des Marktes auch genau genommen keine großen Gestaltungsspielräume für etwaige große Sprünge oder Sonderausgaben.

Im Gegenteil!

Es muss schon für dringend notwendige Investitionen, wie den Kanal, ein Kredit in Millionenhöhe aufgenommen werden, neben den schon bestehenden Krediten.

Damit die Verbindlichkeiten nicht ins Unermessliche steigen, steigen die Abwassergebühren.

Momentan profitiert die Gemeinde noch von den niedrigen Zinsen und die Tilgungen verschiebt man in weite Ferne. Wie lange das noch so funktioniert, ist aber fraglich.

Schon heute liegen wir mit der pro Kopf- Verschuldung mit 754,83€ über dem Landesdurchschnitt.

Dabei sind die Verbindlichkeiten des Kommunalunternehmens nicht dazu gezählt.

Sicher stehen dagegen entsprechende Gegenwerte und rechnerische Überschüsse, nur was, wenn unser Land bald niemand mehr zur Gewerbeansiedlung braucht und die Zinsen deutlich steigen? Steigende Kosten für die nötige Infrastruktur, wie Regenrückhaltebecken oder Straßen verteuern das Gewerbeland obendrein und verringern die Attraktivität.

Wir müssen ja heute schon an jeden Interessenten verkaufen, unabhängig von der Art des Gewerbes. Beratungen oder Informationen über etwaige Interessenten, die sich in Schierling mit ihrem Gewerbe ansiedeln wollen, gibt es ohnehin nicht. Auch nicht im Verwaltungsrat.

Hier bestimmt allein der Vorstand, Hr. Wallner und Hr. Kammermeier.

Die Werbekosten zeigen aber, dass Schierling, trotz der Anbindung an die B15 n wie saures Bier angeboten werden muss und dann noch obendrein Zugeständnisse nötig sind, damit überhaupt jemand investiert.

Wer weiß, was da noch auf uns zukommt.

Trotz ständiger Ausweitung der Gewerbegebiete, insbesondere „Am Birlbaum“ mit allen nachteiligen Folgen für Umwelt, Klima, Fauna und Flora, aber auch unser ländliches Lebensgefühl, weshalb sich viele Menschen für ein Leben außerhalb der

Städte entscheiden, sind die Einkünfte der Gemeinde aus der Gewerbesteuer seit 2016 rückläufig!

Die Gemeinde und auch das Kommunalunternehmen kommen insbesondere den z. T. weltweit agierenden Großunternehmen permanent, mit teuren Vorleistungen entgegen.

Sie finanzieren die Anlage dringend benötigter Flächen z.B für SMP vor oder übernehmen allein die Kosten für notwendige Gutachten, im Rahmen der Schmutzwasserentsorgung.

Ein sich direkt daraus ableitender Nutzen ist aber nicht erkennbar...

Eventuell zahlt sich das Engagement am Heiligen Sankt Nimmerleinstag aus, aber wie man sieht, muss BMW nur einmal husten, und schon werden die Arbeitsplätze, wie jetzt bei Webasto, ins Ausland verlagert. Auch hier kann man nur hoffen...

Gut die Gesellschaft braucht Arbeitsplätze, aber auch Lebensraum!

Ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der **Gewerbeausdehnung** führen gleichzeitig das Jugendprojekt „Wir wollen mehr“ und die generell lobenswerten Aktivitäten des Klimaschutzmanagers ad absurdum!

Die MitarbeiterInnen im Rathaus sparen Papierhandtücher, und parallel werden hunderte Quadratmeter zubetoniert!

Die Baumpflanzaktion wäre darüber hinaus noch deutlich löblicher gewesen, wenn nicht gerade ein Sportplatz zu gepflanzt worden wäre.

Für dringend notwendige Flächen für Sport, Spiel und Erholung gibt es in Schierling weder Geld noch Platz.

Wobei wir schon bei dem Farceprojekt „ Gesunder Markt Schierling“ sind.

Es ist schon fast lächerlich Herr Kiendl, wenn Sie bei den Bürgerversammlungen vermeintlich damit punkten wollen, dass wir der einzige Markt auf weiter Flur sind, der hier eine professionelle Bürgerbefragung durchführt!

Das mag wohl sein... weil alle anderen Gemeinden rund herum längst Mehrgenerationensport- und Spielplätze, Fitnessparcours und Ähnliches haben.

Wir sind die Einzigen, die vermutlich noch Jahre warten müssen, bis irgendwo ein längst überfälliges Seniorensportgerät aufgestellt wird.

Ansprechende Aufenthaltsflächen für Jugendliche fehlen darüber hinaus gänzlich und sind auch nicht vorgesehen.

Für einen Jugendlichen vom Regensburger Weg ist es eine Weltreise ins Freizeitzentrum.

Alle sozialen Aspekte, die wohnortnahe Gemeinschaftsflächen mit altersgerechten Betätigungsfeldern bieten, werden gänzlich vernachlässigt.

Sie geben Eltern den guten Rat, mit ihren Kindern nach Burgweinting zu fahren...

Hauptsache die AOK bekommt von uns ein fundiertes Datenpaket geliefert, für das sie nur einen Zuschuss zahlen muss, während der Löwenanteil von den Schierlinger BürgerInnen finanziert wird. Ein guter Deal!?

Ein Schelm, der Böses dabei denkt, dass Sie früher bei der AOK beschäftigt waren.

Alles sehr vorausschauend und die Bürgergesundheit fördernd!!!

Erfreulicherweise steigt immerhin die Einkommenssteuer, erarbeitet von den alteingesessenen Bürgerinnen und Bürgern und den zahlreichen Neubürgern, die sich hier ansiedeln können, nachdem ein Feld nach dem anderen in Bauland umgewandelt wurde und weiterhin wird.

Damit gehen aber auch die Ausgaben für Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Bestattungseinrichtungen, Abwasserkanäle, Straßeninstandhaltung und insbesondere alle damit verbundenen Investitionen im Bauhof stetig in die Höhe, da die Leute einen Anspruch auf Infrastruktur haben.

Im Bereich der Kinderbetreuung ist dieser sogar gesetzlich garantiert!

Das alles ist also Pflicht, keine Kür!

An der vergleichsweise günstigen Kinderbetreuung kann die Gemeinde hoffentlich noch lange festhalten, da hier ein wichtiger Standortfaktor für junge Familien vorliegt und gewährleistet bleibt, dass die jetzt geschaffenen Einrichtungen auch weiterhin ausgelastet sind.

Wie lange wir uns diese Preisvorteile anderen Gemeinden gegenüber noch leisten können, ist aber leider fraglich, da der Einnahmeüberschuss im Verwaltungshaushalt jährlich schrumpft und damit die Zuführung an den Vermögenshaushalt.

Wichtige und dringend nötige Straßensanierungsarbeiten, eine Ortskernerneuerung in Buchhausen und der teuer angesetzte Rathausneubau rücken damit, wie der Investitionsplan der nächsten Jahre zeigt, in weite Ferne, bzw. der Schuldenberg der Gemeinde wächst und wächst ins Uferlose.

Vorschläge, wie man die Kosten an verschiedenen Stellen senken kann, wie zum Beispiel ein Verzicht auf den teuren Architektenwettbewerb, für den im Haushalt 2018 50.000€ allein Nebenkosten veranschlagt sind oder ein Verkehrsgutachten, ca. 12.000€, werden von Ihnen mit der Begründung, dass es **Ihre politische Entscheidung** ist, genau so vorzugehen, in den Wind geschlagen.

Wenn die Gemeinde das Geld so locker hätte, wären wir die Letzten, die so ein Auswahlverfahren nicht auch interessant finden würden.

Warum Sie die Kompetenzen Ihrer durchaus interessierten MitarbeiterInnen und des Gemeinderatsgremiums partout nicht nutzen wollen, um nach den durchaus sinnvollen Rundfahrten und Rathausbesichtigungen, einen Architekten zu finden und zu beauftragen, ein für Schierling passendes Rathaus zu entwerfen, bleibt für uns schleierhaft. **Irgendwie großspurig!**

Das gesparte Geld könnte wesentlich sinnvoller in den dringend nötigen Hochwasserschutz, in die Tourismusförderung oder ein vernünftiges Verkehrskonzept der Zukunft gesteckt werden.

Ihr einziges Mittel, den selbstgemachten innerörtlichen Verkehrskollaps zu entschärfen, bleibt weiterhin die Schaffung von Parkplätzen.

Innerörtliche Flächen sind aber zunehmend zu schade für Parkplätze!

Hier gilt es vor auszuschauen und endlich ein vernünftiges tragfähiges modernes öffentliches Nahverkehrsnetz zu organisieren. Auch für die sich abzeichnende Anbindung der Bahn an den Flughafen.

Die Reisenden könnten z.B. mit Shuttlebussen zum Zug kommen, anstatt immer mehr Parkflächen zu beanspruchen.

Dafür würden wir gern die Hand heben, aber ganz sicher nicht für den gemeindlich finanzierten Abriss der Brauerei und die Schaffung weiterer Parkplätze.

Auch nicht, wenn das Kommunalunternehmen einspringt.

Es geht hier ums Prinzip der Schaffung einer ökologischen, ökonomischen und benutzerfreundlichen Infrastruktur der Zukunft!

Ein Auto fürs Charcharing ist auch sicher zu wenig, wenn man Vorreiter sein möchte.

Gut Herr Kiendl, ich möchte an dieser Stelle zum Schluss kommen.

Nachdem Sie uns ja bei jeder unpassenden Gelegenheit klar machen, wie weitreichend Ihre alleinigen Kompetenzen sind und **Sie hier die politischen Entscheidungen treffen**, selbstverständlich jeweils untermauert von Ihrer absoluten Mehrheit im Gremium, **möchten wir Ihnen auch allein die Verantwortung für diesen Haushalt übertragen.**

Wir würden an vielen Stellen anders entscheiden, andere Weichen stellen, aber vor allen Dingen die von der Bürgerschaft gewählten Vertreter und Vertreterinnen in die Entscheidungsprozesse einbeziehen.

Für einen tatsächlich gemeinsam erarbeiteten Haushalt würden wir die Übernahme von Verantwortung nicht scheuen.

Der Vollständigkeit halber möchten wir außerdem, wie jedes Jahr, anmerken, dass der letzte geprüfte Jahresabschluss des Kommunalunternehmens im Haushaltsgebäude fehlt. Diese Anlage ist aber nach KommHV Paragraph 2 Absatz 2 Pflicht.

Danke für die Aufmerksamkeit!

Fraktionssprecherin: Madlen Melzer